

Digitales Pressegespräch am 06.03.2023, 14:00 Uhr,  
**Vorstellung der forsa-Repräsentativbefragung**  
**„Lehrkräftemangel / Seiteneinstieg“**  
im Auftrag des VBE Bundesverbandes  
(mit Stichproben für Baden-Württemberg, Bayern, NRW und Rheinland-Pfalz)

Sprechzettel von Gerhard Brand  
Bundesvorsitzender VBE  
- Es gilt das gesprochene Wort. -

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bildungssystem steckt in einer Krise. Mehr noch: Es steckt in der größten Krise seit Gründung der Bundesrepublik. Besonders die letzten Jahre haben schwer auf den Schultern von Schulleitungen und Lehrkräften gelastet. Auf der einen Seite: Immer mehr Aufgaben, immer neue Herausforderungen. Inklusion, Integration, Ganztag oder Digitalisierung. Auf der anderen Seite: Nichts oder zumindest deutlich zu wenig. Keine zusätzlichen Ressourcen trotz steigender Arbeitslast. Dass das nicht lange gut gehen kann, liegt auf der Hand und zeigte sich nicht zuletzt im sinkenden Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler.

Seit 2018 lassen wir Schulleitungen einmal pro Jahr durch forsa hinsichtlich ihrer Berufszufriedenheit befragen. Von Anfang an nannten die Befragten den Lehrkräftemangel als größtes Problem an der Schule. Zu Beginn antworteten dies 57 Prozent, im letzten Jahr bereits fast 70 Prozent. In unserem Auftrag hat Professor Klemm im letzten Jahr die Lehrkräftebedarfsprognose der KMK geprüft. Er kam zu dem Schluss, dass die Berechnungen der KMK in Teilen höchst unseriös seien und deutlich nach oben korrigiert werden müssen.

Wie deutlich, darauf möchte ich in den kommenden Minuten eingehen, wenn ich Ihnen die Ergebnisse unserer repräsentativen forsa-Umfrage zu den Themenbereichen Lehrkräftemangel und Seiteneinstieg vorstelle.

Danach gefragt, wie viele der zur Verfügung stehenden Stellen an der eigenen Schule nicht besetzt werden konnten, antwortete fast ein Viertel der Befragten, dass drei oder mehr Lehrkräfte zu Beginn des Schuljahres 22/23 an ihrer Schule fehlten. Auf der

anderen Seite konnte nur gut ein Drittel der Schulen alle offenen Stellen besetzen. Besonders dramatisch gestaltet sich die Situation an Haupt-, Real- und Gesamtschulen, wo im Mittel 2,5 Stellen nicht besetzt werden konnten sowie an Förder- und Sonderschulen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der VBE kritisiert die Politik schon lange dafür, dass zentrale Informationen zu den Strukturen unserer Schulen nicht vorliegen oder zumindest nicht transparent kommuniziert werden. Wir hatten lange keine Personalbedarfsprognosen und als wir sie hatten, waren sie unbrauchbar.

Wenn Sie wissen wollen, wie unbrauchbar, dann besuchen Sie die Schule um die Ecke.

Wir wissen auch nicht wirklich, wie viele Lehrkräfte heute fehlen. Ich korrigiere: Der VBE weiß es schon oder besser gesagt, er hat eine begründete Vermutung. Und die möchte ich Ihnen nun vorstellen. Die Politik hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht, also haben wir das übernommen.

In der Schule nennen wir das individuelle Förderung. Alle werden dort abgeholt, wo sie stehen.

Die Antworten der Schulleitungen auf die Frage nach unbesetzten Stellen bildet, mit der üblichen Standartabweichung, die Basis für unsere Schätzung. Insgesamt wurde uns zurückgemeldet, dass zu Beginn des laufenden Schuljahres im Schnitt 1,6 Stellen pro Schule unbesetzt blieben. Das Statistische Bundesamt hat die Anzahl der Allgemeinbildenden Schulen im letzten Schuljahr mit 32.206 angegeben. Runden wir auf 32.000 ab, so ergibt dies ein Ergebnis von 51.200 fehlenden Lehrkräften zu Beginn des laufenden Schuljahres.

Ein bedrückender Befund, wenn man sich vor Augen führt, dass die KMK in ihrer Prognose für 2035 von knapp 25.000 offenen Stellen ausgeht. In der Realität unserer Schulen ist die Lücke jetzt schon doppelt so groß wie die KMK sie für 2035 Jahren prognostiziert.

Politik muss sich ehrlich machen. Das Schönrechnen muss ein Ende haben. Denn nur mit einem realistischen Blick auf die Herausforderung kann es eine Lösung des Problems geben.

Es braucht auch ein klares Bekenntnis dazu, ob und wie ernst die Politik es mit den schulpolitischen Maßnahmen Ganztags, Inklusion, Integration und der Unterstützung von Schulen in herausfordernden sozialen Lagen meint. Werden sie nicht bedarfsgerecht umgesetzt, drohen sie zu scheitern.

Dies bedeutet, dass 11 Prozent der Stellen nicht besetzt werden konnten. Und auch wenn der Durchschnittswert seit 2018 auf den ersten Blick zu stagnieren scheint, bildet der zeitliche Verlauf doch eine Verschlechterung ab. Betrachten wir nicht den Durchschnittswert und werfen einen Blick auf die abgestuften prozentualen Angaben wird klar: Dort wo 2018 noch 6 bis 10 Prozent der Stellen unbesetzt blieben, sind es nun 11 Prozent und mehr. Kurz: Die Situation an den betroffenen Schulen hat sich zwischen 2018 und 2022 noch verschärft. Auch hier sehen wir, dass besonders Förder- und Sonderschulen betroffen sind. Aber auch an Grundschulen konnten im Schnitt 14 Prozent der Stellen nicht besetzt werden. Darüber hinaus haben mehr als zwei Drittel der Schulleitungen von Grundschulen mehr als 15 Prozent offener Stellen.

Auch wenn es noch Schulen gibt, die alle Stellen besetzen konnten – ca. ein Drittel der Schulleitungen kann dies noch behaupten, – wird es nach Einschätzung der Befragten in den kommenden Jahren auch an diesen Schulen zu Personalengpässen kommen. Danach gefragt, ob sie davon ausgehen, zukünftig betroffen zu sein, antworteten 84 Prozent mit stark oder sehr stark.

Wenn Stellen besetzt werden können, gelingt dies in der Regel nicht mehr, ohne auf Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger zurückgreifen zu müssen. Was einst als Notlösung verkauft wurde, ist längst fester Bestandteil der Realität in den Schulen. Konkret: An 60 Prozent der Schulen sind Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger im Einsatz. Besonders betroffen sind auch hier Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Förder- und Sonderschulen. Hier sind an rund 75 Prozent der Schulen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger beschäftigt. Das bedeutet: Dort, wo der

pädagogische Bedarf am höchsten ist, arbeiten vermehrt Menschen, die in der Regel keine pädagogische Ausbildung im Vorfeld abgeschlossen haben. Das ist ein Frevel!

Und richtet man den Blick auf die Entwicklung seit 2018, wird auch hier der Negativtrend deutlich. Gab noch 2018 ein Drittel der Schulleitungen an, Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger an der Schule zu haben, so hat sich dies bis 2022 nahezu verdoppelt. Eine dramatische Entwicklung, wenn man sich vergegenwärtigt, dass wir hier von einem Zeitraum von gerade einmal fünf Jahren sprechen.

Gut die Hälfte der angestellten Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger befindet sich nach Einschätzung der Schulleitungen in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Besonders dort, wo kontinuierliche Beziehungsarbeit in besonderem Maße vonnöten ist, nämlich an Grundschulen, betrifft dies mit 58 Prozent noch einmal deutlich mehr. Gute und sichere Arbeitsverhältnisse für die Menschen, die bereit sind, in die Bresche zu springen? Mitnichten. Ein gutes Bild nach außen, um weitere Menschen für diesen tollen Job zu begeistern? Sicherlich nicht.

Hinzu kommt, dass Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger nicht einfach ins kalte Wasser geworfen werden dürfen. Sie müssen behutsam an die Lehrtätigkeit herangeführt werden, um ihnen einen erfolgreichen Einstieg in die Herausforderung Lehramt zu ermöglichen. Dies bedeutet ein hohes Maß an Betreuungsaufwand und stellt für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort einen zusätzlichen Aufwand dar. Dafür braucht es dringend einen zeitlichen Ausgleich für die betreffenden Kolleginnen und Kollegen. Grundsätzlich fordert der VBE an dieser Stelle eine mindestens sechsmonatige Vorqualifizierung, um einen möglichst reibungslosen Einstieg in die Lehrtätigkeit zu ermöglichen und didaktische Grundlagen zu legen. Nahtlos daran anschließend müssen sie berufsbegleitend bis zur vollen Lehrbefähigung weiterqualifiziert werden. Dass bedeutet eben nicht, dass Sie an fünf Tagen in der Woche in der Schule im Einsatz sind. Nur so ist sichergestellt, dass es nicht zu einem Qualitätsverlust kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir als VBE haben die Anfänge dieser Entwicklung bereits vor langer Zeit gesehen und immer wieder darauf aufmerksam gemacht. Viele Umfragen und Expertisen später steht zumindest eines fest: Das Thema Lehrkräftemangel ist auf dem Tisch. Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft sind im Boot, das politische Wegducken und Herumlavieren hat ein Ende. Und die Hoffnung auf wirkliche Veränderungen war groß, als die KMK ankündigte, die Expertise der SWK einzuholen. Umso größer war die Enttäuschung, als die Empfehlungen dann Ende Januar vorgelegt wurden.

Ich will nicht abstreiten, dass einige der Vorschläge das Potenzial haben, zu einem Lösungsansatz weiterentwickelt zu werden. Der Ausbau präventiver Maßnahmen in Gesundheitsfragen beispielsweise. Aber sind wir ehrlich: Dafür hätte es keine wissenschaftliche Kommission gebraucht, dafür hätten die Ministerinnen und Minister einfach einen Blick auf unsere Umfragen werfen müssen. Und Maßnahmen wie diese hätten schon längst umgesetzt sein können, wenn auch nur der Hauch eines politischen Willens zur Verbesserung des Bildungssystems vorhanden gewesen wäre. Teilweise gab es solche Maßnahmen schon, sie wurden aber aufgrund von mangelnden Ressourcen oder zu wenig Zeit einfach gestrichen. Manches davon als Innovation zu verkaufen, ist ein Witz.

Der Kern der Empfehlungen – mehr Arbeit, größere Klassen, Abordnungen nach Gutdünken – geht diametral an der Realität an den Schulen vorbei. Mehr noch: Wir als VBE sehen die Gefahr, dass einige der Forderungen das Problem sogar noch verschärfen könnten. Denn diejenigen, die seit Jahren die Zähne zusammenbeißen und den Laden am Laufen halten, tun dies in der Hoffnung auf Entlastung. Wenn aber die Politik das eigene Versagen in Bildungsfragen nun auf dem Rücken der Lehrkräfte und Schulleitungen lösen möchte und sehenden Auges immer weiter an der Belastungsschraube gedreht wird, dann kann ich Ihnen versprechen: Dieser Schuss wird nach hinten losgehen und viele Lehrkräfte in die Kündigung oder den Burn-out treiben.

Stattdessen bräuchte es eine sofortige und bundesweite Fachkräfteoffensive von Bund, Ländern und Kommunen. Nur in dieser Verantwortungsgemeinschaft im Sinne des Kooperationsgebotes im Koalitionsvertrag der Bundesregierung kann dies funktionieren. Und es kann nur funktionieren, wenn die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Denn gute Arbeitsbedingungen sind schlichtweg die beste Werbung für den Job. Wir brauchen mehr Studienplätze für das Lehramt und deutliche Verbesserungen der Studienbedingungen und Studienbegleitung. Die Abbruchquoten müssen drastisch reduziert werden. Und, lassen Sie mich mit diesem Gedanken schließen, für kurzfristige Verbesserungen müssen Aufgaben von den Schultern der Lehrkräfte und Schulleitungen genommen werden. Dies lässt sich beispielsweise über den Einsatz von multiprofessionellen Teams realisieren. Die Mitglieder dieser Teams können zum Beispiel Verwaltungsaufgaben übernehmen, die technische Infrastruktur aufsetzen und warten oder Schülerinnen und Schülern mit weitergehenden Bedürfnissen individuelle Angebote unterbreiten. So sorgen wir dafür, dass das Leistungsniveau wieder steigt und Deutschland wieder wird, was so viele versprechen: Eine Bildungsrepublik.

Gerne stehe ich jetzt für Ihre Fragen zur Verfügung.